

Kleine Anfrage 3400

des Abgeordneten Péter Vida (fraktionslos)

an die Landesregierung

Vertragssituation Abwasser

Die Stadt Teltow besitzt keine eigene Abwasserentsorgungsanlage und bedient sich dazu historisch schon immer der Berliner Wasserbetriebe. Der örtliche Wasser- und Abwasserzweckverband (WAZV Teltow) hatte dazu eine vertragliche Regelung mit den Berliner Wasserbetrieben. Im Verlaufe des Jahrs 2017 wurde dieser Vertrag vom Verbandsvorsteher neu zu nicht so günstigen Konditionen für die Stadt Teltow ausgehandelt, ohne dass die Verbandsversammlung dazu vorher mit einbezogen war. Bei diesem Vertrag wurden auch die Mengengebühren in DM ausgewiesen und das zu einem Zeitpunkt, an dem der EURO schon lange gesetzliches Zahlungsmittel war. Nun möchte der Verbandsvorsteher entlastet werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der geschilderte Vertrag mit den Berliner Abwasserbetrieben gültig, obwohl der Verbandsvorsteher ohne Abstimmung mit der Verbandsversammlung gehandelt hat?
2. Kann dem Verbandsvorsteher die Entlastung verweigert werden wegen seines eigenmächtigen Handelns?
3. Wenn Frage 2. Mit „Ja“ beantwortet wird, wie ist dann das weitere Vorgehen der Verbandsversammlung möglich?
4. Wie kann es im Jahr 2017 zu einem „neu“ abgeschlossenen Vertrag mit in DM ausgewiesenen Gebühren kommen?
5. Wenn sich aus den Fragen Pkt. 2. und 4. finanzielle Nachteile für die Stadt Teltow ergeben, er ist dafür haftbar zu machen?